IV. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRAL-INFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

Redaktion und Verlag:
OSCAR GRÜN
ZURICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Jahresabonn. Inland Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50
Ausland Fr. 15.—, Amerika 5 Doll. Erscheint wöchentlich



Offices in America:
NEW-YORK, 119 Nassau St.
PITTSBURGH, Pa. 903 Bluff St.
CHICAGO, ILL. 805 S. Marsfield

AGENCE CENTRALE DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Nummer 169 | 18. November 1921 | Abdruck nur gegen Quellenangabe | י״ז חשון תרפ״ב | Einzelnummer 50 Cts.

Die Gründe des Judenhasses.

Senator Chandler, ein Christ, hielt im Weissen Hause in Washington folgende Rede gegen die antisemitische Propaganda von Henry Ford, die in Uebersetzung von Dr. Amalie Klonower im Hamburger „Isr. Familienblatt" erschienen und hier wiedergegeben sei:

Da es auf dem Erdball ungefähr 1,500,000,000 Menschen und im ganzen ungefähr 14,000,000 Juden gibt, die Juden also weniger als einen Bruchteil von 1 Prozent der Bevölkerung des Globus bilden, ist es das grösste Kompliment, das Ford den Juden machen kann, wenn er behauptet, dass diese Minorität die ungeheure Energie und das Genie besitzt, die anderen 99 Prozent zu unterdrücken. Die Wahrheit ist aber, dass die eine Hälfte der Juden ihre ganze Energie aufbietet, ihren ganzen Reichtum anwenden muss, um die andere Hälfte vom Untergange, vor dem Hunger zu retten. Der später angegebene Grund, der zu Fords Propaganda gegen die Juden führte, ist eine ausgezeichnete Illustration zu den fundamentalen Prinzipien und der grausamen Methode der Rassenverfolgung, die ganze Rassen mit Bann belegt und sie für die Handlungsweise eines Individuums oder einer unbedeutenden Zahl eines Volkes verantwortlich macht. Zwei Männer von internationalem Rufe, Hermann Bernstein, ein Jude, Schriftsteller und Journalist, und Dr. Ake, ein bekannter christlicher Prediger, haben erklärt, dass Rosika Schwimmer, eine Jüdin, die Ursache von Fords nichtswürdiger, gemeiner Propaganda gegen die Juden ist. Sie hatte den etwas einfältigen Mann ganz in ihre Gewalt bekommen und ihm eingeredet, er wäre durch seinen ungeheuren Reichtum berufen, der Wohltäter der Menschheit zu werden. Wenn er auf einem Schiff mit weissen Flaggen und weissbeschwingten Friedenstauben den Ozean durchkreuzen würde, wäre der Krieg zu Ende, die Soldaten würden die Laufgräben verlassen und ihm, dem mit weissen Federn geschmückten Retter der Menschheit, zujubeln, Könige ihn in ihren Palästen empfangen, ihn mit den Lorbeeren des Friedens bekränzen; er würde „der Gesegnete" genannt werden. Er glaubte ihr, und als die Enttäuschung kam, begann sein Hass gegen die Juden. Dr. Ake sagt: „Als Ford sah, dass er die Zielscheibe des Spottes geworden war, verliess er die Expedition und — sein Hass gegen die Juden begann." Erstaunlich ist Fords Unkenntnis über das einzige, was er je verstanden hat, nämlich: „Geldmachen". Seine Unkenntnis ist so gross wie die des Volkes, das stets an jüd. Reichtum glaubt. Er weiss nicht einmal, dass sowohl jüd. wie christliche Sachverständige schon längst konstatiert haben, dass der Jude durchaus nicht der erfolgreiche Geldmacher ist, für den man ihn immer hielt. Er hat auch den ausgezeichneten Artikel Zebulon Vanes über die Juden nicht gelesen, worin derselbe u. a. schreibt: „Wir zeigen unsere Geschäftsüberlegenheit über die Juden immer und immer wieder durch Geschäftskniffe und scharfsinnige Praxis." Der Jude kann sich in kommerzieller Hinsicht nie mit dem Yankee messen; wie scharfsinnig er auch ist, es ist ihm immer unmöglich gewesen, in New-England festen Fuss zu fassen. Wer von den heut abend hier Versammelten würde nicht bei einem kommerziellen Wettkampf zwischen einem Juden und einem Yankee auf den Yankee wetten? Ford, der einfache, ungebildete Mann, möchte den alten Volksglauben wieder aufleben lassen, der aus der Unwissenheit und dem Aberglauben des Mittelalters entstanden war, dass die Juden den Reichtum der Welt beherrschen und im Besitz desselben diabolische Absichten hegen. Ihm sollte klargemacht werden, dass es den Juden nach 50 Jahren der Emanzipation nicht gelungen ist, auch nur einen minimalen Teil des Geldes der Nationen zu erringen. Es ist wahr, die Rothschilds haben während mehrerer Dekaden die Finanzen Europas beherrscht und Kriegs- und Friedensfragen entschieden, aber das ist längst vorbei; sie nehmen heute in den Finanzkreisen der Welt nur noch einen sekundären Platz ein. Wieviel Millionäre es in den Vereinigten Staaten gibt, ist nicht genau bekannt, jedenfalls sind nicht mehr als 3 Prozent davon Juden, genau ihr allgemeiner Prozentsatz der Bevölkerung. Man behauptet, und es ist auch glaubwürdig, dass Rockefeller den Reichtum aller Juden von Amerika aufkaufen könne, und — Rockefeller ist kein Jude, sondern ein einfacher Baptistendiakonus. Positiv sicher ist, dass man in Amerika 1000 christliche amerikanische Millionäre und Multimillionäre aufzählen könnte — Rockefeller an der Spitze und — Ford am Schwanz der Liste, und dass man mit dem Gelde dieser Millionäre das Geld der gesamten Judenschaft des Erdballs aufkaufen könnte. Die Richtigkeit dieser Angabe ist zu verstehen, wenn man sich die Worte Zangwills ins Gedächtnis zurückruft. Er antwortete vor ungefähr zehn Jahren einem Journalisten auf die Frage, warum die Juden solch monumentale Erfolge als Geldmacher hätten, lachend folgendes: „Ihre Ansicht ist falsch; die Juden sind, als Rasse genommen, keine erfolgreichen Geldmacher. Gewiss, sie haben die Rothschilds und Bleichröders in Europa, die Schiffs, Seligmanns und Guggenheimers in Amerika. Trotzdem ist der Durchschnittsjude der ärmste zivilisierte Mann auf der Erde. Fast die Hälfte der Juden auf der Erde lebt in Russland, Rumänien und Polen, und der Durchschnittsreichtum eines polnischen Juden beträgt weniger als 5 Dollar." Das ist nach Ford das Volk, das seinen fabelhaften Reichtum dazu benützen will, die Weltherrschaft zu ergreifen. Nur ein durch Hass verbitterter falscher Fanatismus kann solche Dinge glauben und sie verkündigen. Die ganze Behauptung ist so widersinnig, dass ich sie überhaupt nie in Betracht gezogen hätte, wenn nicht Fords Reichtum ihm die Macht gäbe, seine Ansichten weit in Amerika zu verbreiten und dadurch zwischen den Mitbürgern dieser freien Republik Unfrieden und Zwietracht zu säen. Die höchst lächerliche Seite der Propaganda ist, dass er sich als Patriot, als Schildwache für die Freiheit und Wohlfahrt seines Landes hinstellt. Er ist ein bigotter Narr, ein Millionär Ignoramus, der sich mit seiner Unwissenheit über die Geschichte seines Landes bei einem Prozess in Chicago lächerlich machte. Mit seinen Vorurteilen, seiner Bigotterie, mit seinem furchtbaren Mangel an einfachster Sympathie mit den Leiden einer zerstreuten alten Rasse, die mehr zu der Zivilisation der Erde beigetragen hat, als irgend ein anderes Volk, ist Ford nicht wert, die Schuhbänder des ärmsten, bescheidensten Juden zu lösen, in dessen Seele der schwächste Abglanz einer Prophezeiung von Jesaias, eines Psalms

von David, hineingeleuchtet hat.

Die jüd. Verfolgung ist die eigentümlichste aller Erscheinungen. Noch immer ist es der Gegenstand grosser Zweifel und tiefsinniger Streitfragen, wo und wann sie entstand und welches die Ursachen waren. Die Geschichte der Vorurteile gegen die Juden und deren Ursachen führen uns durch labyrinthische Pfade, durch Schatten, Zweifel und Mysterium in ein fernes Altertum. Die populäre Vorstellung, dass der Hass des Volkes durch die Kreuzigung des Heilandes entstanden sei, ist ohne jede Basis. Die Tragödie von Golgatha verstärkte, steigerte dieselbe vielleicht, sie ist aber nicht der Ursprung. Die Verfolgung der Juden begann schon vor der christlichen Aera, im alten Aegypten. Genesis 32 heisst es: „Die Aegypter wollen kein Brot mit den Hebräern essen, denn das ist ihnen ein Greuel." Und im Buch Esther lesen wir folgenden Auszug, der sich wie ein Klagen der heutigen Antisemiten anhört: „Und Haman sagte zu dem König Ahasverus: „Es lebt ein Volk, zerstreut unter all deinen Völkern, und ihre Gesetze sind verschieden von allen anderen Völkern, auch halten sie des Königs Gesetze nicht. Wenn es dem Könige gefällt, unterschreibe, dass sie vernichtet werden." Damals war man einfach, derb, grausam, und es wurden ohne Zögern gewaltsame Mittel gebraucht. Meiner Ansicht nach liegt der Grund der Judenverfolgungen in der Weigerung der Juden, die göttliche Einheit Jehovas für die polytheistischen Forderungen des alten Roms aufzugeben. Pompejus der Grosse besiegte Palästina und machte es zu einem von Rom abhängigen Staate, etwa 63 Jahre vor Christi Geburt. Unter der römischen provinzialen Administration befand sich auch das Gesetz, das den Völkern des eroberten Landes vorschrieb, ihren Gott oder ihre Götter mit den Göttern Roms zu vertauschen. Der jüd. Monotheismus, den die heutige Welt als ihr kostbarstes Juwel preist, sollte damals zerstört werden. Die bürgerlichen und religiösen Unterschiede zwischen Juden und Römern waren zugleich fundamental und verhängnisvoll. Beide Nationen sind die herrischsten, unduldsamsten der Welt. Die Römer gründeten das grösste Wirtschaftszentrum, die Juden das berühmteste Reich des Geistes. In den Fibern dieser beiden Völker finden wir die Elemente der Gewalt vertreten, wie sonst bei keinem Volke auf der Erde, ausgenommen vielleicht bei den Engländern. Die Römer ertrugen keine Opposition auf Erden, und die Juden wollten sich nur Gott beugen. Dem Polytheismus der extravagantesten Art, der ein Teil des römischen Staatswesens war, der nicht angegriffen werden durfte, ohne dass man an Kaiser und Reich Verrat beging, standen die Juden mit ihrer Doktrin des Monotheismus, der eifersüchtig ausschliessliche Verehrung eines Gottes verlangte, feindlich gegenüber. Auch bei den Juden waren Religion und Gesetze identisch. Wenn ein Jude die Götter Roms anbetete, so beging er nicht nur Verrat an Jehova, sondern auch an der jüd. Nationalität und den jüd. Gesetzen. Das war der scharfe Gegensatz; es gab einen furchtbaren Kampf. Beide blieben siegreich. Die Römer zerstörten das Wirtschaftszentrum der Juden, die Juden das religiöse Reich der Römer, den Polytheismus, und aus diesem Kampfe, der jahrhundertelang dauerte, erwuchs eine Bitterkeit und ein Hass, der auf die moderne Welt als scheussliche Hinterlassenschaft überging. Monotheismus ist das grösste Geschenk an die Menschheit, an die Zivilisation und dafür, dass die Juden dieses Heiligtum hochhielten und bewahrten, dass sie es duldeten, in der Welt zerstreut und verachtet zu leben, dem Dienste des einen, einigen Gottes geweiht, dafür ernteten sie nicht etwa Dankbarkeit, sondern nur Hass und Unterdrückung. Der Jude ist der Prometheus der Geschichte. Wie Prometheus, der den Göttern das Feuer stahl, um die Menschen zu beglücken, an den Felsen gekettet wurde, wo ein Geier täglich seine Leber frass, so wurden und werden die Juden für den intellektuellen und geistigen Reichtum, den sie der Welt gaben, seit Jahrhunderten und heute noch an einen Felsen gekettet, und täglich frisst ein Geier ihre Leber. Wenn Dankbarkeit eine Tugend der Völker wäre, wie es bei einzelnen Menschen der Fall sein sollte, so hätte es nie eine organisierte Judenverfolgung gegeben. Ich weiss ganz genau, dass die jüd. Rasse nicht ohne Fehler ist; sie haben den Fluch von Eden geerbt, auch sie sind mit allen Fehlern und Gebrechen des Fleisches behaftet wie wir. Und ich sage: Ein jüd. Verbrecher jeder Art muss bestraft werden wie ein christlicher Verbrecher; aber wo ein Jude nur seiner Religion wegen verfolgt wird, muss er geschützt werden. Es soll kein Verfolger der Juden mit salbungsvollem Tone erklären, er verfolge den Juden als Urheber der Tragödie von Golgatha; es soll kein Verfolger sagen, der Jude sei für die Verfolgung selbst verantwortlich; denn er werde wegen seiner Fehler verfolgt. Bevor er dies ausspricht, lese er erst das Zeugnis von mehreren christlichen Sachverständigen. Zebulon Vane schreibt in einem Artikel vor ungefähr 30 Jahren: „Wenn der Jude schlecht ist, müssen wir uns ehrlicherweise sagen: er ist ein Produkt unserer Zivilisation." Shakespeares Shylock sagt u. a.: „Wenn Ihr uns Schlechtes tut, sollen wir uns nicht rächen? Wenn wir in allem Euch ähnlich sind, wollen wir Euch darin auch ähnlich sein. Wenn ein Jude einem Christen Unrecht tut, was ist seine Demut? Rache! Wenn ein Christ einem Juden Unrecht tut, was soll er nach seinem Beispiel tun? Rache! Das Böse, das Ihr uns lehrt, will ich ausführen, und es wird schlimmer werden, denn ich werde das Gelernte verbessern." Der Judenhetzer mag entgegnen, dass das die Phantasie eines Dichters ist, ich weise ihn aber auf das Zeugnis eines grossen Historikers und Staatsmannes hin, um ihm zu beweisen, dass der Christ in grossem Masstabe für die Ursachen verantwortlich ist, die die jüd. Fehler hervorgerufen haben. Lord Macaulay sagte am 17. April 1833 bei einer Diskussion über Aufhebung der Rechtsunfähigkeit der Juden: „Wenn die Juden eine gemeine Rasse sind, allen ehrlichen Berufen feindlich gegenüberstehen, wenn sie nicht säen und nicht ernten, weder Schafe noch Herden haben, wenn Wucher das einzige Wort ist, wofür sie sich eignen, und ihnen alle besseren Gefühle fehlen, wer ist schuld? Immer nennen die Bigotten als Rechtfertigung für ihre Verfolgung die Laster, die erst durch die Verfolgung hervorgebracht wurden. England ist den Juden seit weniger als einem Jahrhundert eine Heimat, und wir verunglimpfen die Juden, weil sie für England nur halben Patriotismus fühlen. Wir behandeln sie als Sklaven und wundern uns, dass sie uns nicht wie Brüder lieben. Wir treiben sie zu gemeinen Beschäftigungen und werfen ihnen dann vor, dass sie keine ehrenvolle Beschäftigung wählen. Wir haben ihnen lange verboten, Land zu besitzen, und verurteilen sie dann, weil sie sich hauptsächlich mit Handel beschäftigen. Während vieler Jahrhunderte haben wir die Kraft unserer Uebermacht gegen sie missbraucht, und nun empfinden wir Abneigung gegen sie, weil sie zur List ihre Zuflucht genommen saben; aber ist denn nicht List die natürliche, allgemeine Verteidigung des Schwachen gegen die Gewalt des Stärkeren? Und waren sie denn immer eine nur geldwechselnde, geldmachende, geldsammelnde Rasse? In ihrem nationalen Charakter gibt es nichts, das sie zu den höchsten Bürgerpflichten unfähig macht. In der Kindheit der Zivilisation, als unser Land noch so unzivilisiert war wie Neu-Guinea, als in Athen Literatur und Kunst noch unbekannt waren, als auf der Stelle, wo Rom stand, sogar noch keine mit Stroh bedeckte Hütte zu sehen war, da hatte dieses verschmähte Volk schon seine befestigten Städte und Zederpaläste, seinen prachtvollen Tempel, seine Flotte von Handelsschiffen, seine Religionsschulen, seine grossen Staatsmänner, Philosophen, Historiker und Poeten. Welches Volk stritt männlicher gegen überwältigende Angriffe für seine Unabhängigkeit und Religion? Und wenn im Laufe der Jahrhunderte die unterdrückten Nachkommen der Krieger und Weisen die Eigenschaften ihrer Vorfahren degenerierten, da sie von den Segnungen der Gesetze ausgeschlossen waren und sich unter das Joch der Sklaverei beugen mussten — und wenn sie auch die Laster der Ausgestossenen und Sklaven angenommen haben, dürfen wir das ihnen gegenüber als Vorwurf gebrauchen? Müssen wir es nicht vielmehr als Schande und Vorwurf gegen uns selbst gebrauchen? Seien wir gerecht gegen sie, öffnen wir ihnen

eine jede Karriere, in welcher sie ihre Geschicklichkeit und Energie zeigen können. So lange wir aber das nicht getan haben, sagen wir nicht, es gäbe unter dem Volke des Jesaias keinen Genius, unter den Abkömmlingen der Makkabäer keinen Heroismus." Wenn der Judenhasser durch Macaulays Rede, durch Shakespeares Satire noch nicht geheilt ist, so zeige man ihm die Triumphe der Hebräer in Geschichte und Literatur, Kunst und Wissenschaft. Monotheismus war der grösste Tribut der Hebräer an die zivilisierte Welt; unter den Gesetzgebern sehen wir Moses, unter den Patriarchen Abraham; Jesaias und Jeremias unter den Propheten, Salomo und David unter den Königen, Philo und Maimonides, Spinoza und Mendelssohn unter den Philosophen, Josephus, Neander, Graetz, Palgrave und Geiger unter den Historikern, Herschel, Sylvester, Jakobi und Kronecker unter den Mathematikern und Astronomen, Disraeli, Gambetta, Castelar, Lasker und Cremieux und Benjamin unter den Rednern und Staatsmännern, Mendelssohn, Meyerbeer, Offenbach, Goldmark, Joachim, Rubinstein unter den Musikern, Sonnenthal, Possart, Rachel und die Bernhardt unter den Schauspielern, Halevi und Heine unter den Dichtern, Karl Marx und Samuel Gompertz unter den Arbeiterführern und in der politischen Oekonomie, die Rothschilds, Bleichröders, Schiffs und Seligmanns unter den Finanzmännern, Auerbach und Nordau unter den Novellisten, Sir Moses Montefiore und Baron Hirsch unter den Philanthropen. Die Zivilisation würde zu den Juden um Hilfe eilen müssen, wenn ihr Zerstörung droht; denn wenn die Bibel und der Talmud der Juden mit allem, was darin gelehrt wird und was es bedeutet, von der Erde verschwinden sollte, würde die Menschheit schnell in Wildheit und barbarische Nacht zurücktauchen. Die Freiheit hat wohl ein Recht zu klagen, wenn Juden verfolgt und unterdrückt werden, denn von den Tagen von Jesaias und Jeremias an waren sie die ersten grossen Revolutionäre auf Erden, zu den Zeiten Gambettas und Castelars die kühnsten, nicht nachgebenden Verteidiger des republikanischen Regimes in Frankreich und Spanien. Die Sache der Freiheit hatte keine edleren und tapferen Verteidiger als die Söhne Jsraels. In allen Jahrhunderten der Geschichte sind Juden, trotzdem ihnen die Hände gebunden, ihre Herzen mit der bitteren Last des Hasses und der Verfolgung beladen waren, doch imstande gewesen, aus dem Schmutz der Judengasse und aus der Dunkelheit der elenden Hütten heraus die schönsten, duftendsten Blüten in den Garten des Lebens, in den Boden der Seele zu pflanzen. Die Rasse verdient Dankbarkeit und Ehre von der Menschheit, nicht Hass und Verfolgung. Die Kongresse und Parlamente der gebildeten Nationen, deren Völker wahrhaft dankbar, zivilisiert und frei sind, werden in Zukunft den Juden, den grössten Segenbringern der Menschheit, ihren Schutz und einem jeden freien Lauf im Kampfe des Lebens gewähren.

Das Pasteur-Institut in Jerusalem:

(JPZ) Der gegenwärtig in Paris weilende Direktor des Pasteur-Institutes in Jerusalem, Dr. Arjeh Beham, war so freundlich, dem Pariser H.-Korrespondenten der „JPZ" über dieses Institut folgende Mitteilungen zu machen: Es sind jetzt 16 Jahre her, seitdem ich zum ersten Male bei der Zion. Org. intervenierte bez. Schaffung eines Pasteur-Institutes in Palästina. Es war dies eine gewagte Idee, denn es handelte sich sozusagen nicht um ein produktives Unternehmen und tatsächlich wurde mir selbst das verlangte Minimum von 10,000 Frs. nicht gewährt. Aber da ich mir der Wichtigkeit dieser Institution für die Juden, wie auch für alle anderen Palästinenser, mit anderen Worten für die Kolonisation, bewusst war, habe ich diese Frage nicht aus den Augen gelassen. Ich begann daher mit der „Gesellschaft der Aerzte und Naturwissenschaftler", die in Berlin ihren Sitz hat, zu arbeiten. Der erste Schritt war für mich getan, aber es stellten sich neue Hindernisse in den Weg. Man gründete mit der philanthropischen Hilfe von Nathan Straus ein Institut zur Bekämpfung der Malaria und später wurde auch ein gleiches Institut von deutscher Seite unter dem Namen „Internationale Hygiene Station", das von Prof. Mülens geleitet wird, gegründet. Um bei dieser Rivalität bestehen zu können, war einerseits gegen die internationale und dann gegen die fremde Gründung zu kämpfen, denen beiden es nicht an Hilfsmitteln mangelte. Was das Pasteur-Institut anbetrifft, so hatte es noch nicht einmal ein festgesetztes Budget.

Dann kam der Krieg und es begann eine neue kritische Periode für das Institut. Die kleine Subvention, die das Institut von der Gesellschaft in Berlin erhielt wurde eingestellt, ja man wollte es selbst schliessen, aber, hartnäckig wie am Anfang, bin ich auch jetzt nicht zurückgeschreckt und das Institut wurde gerettet. Es sind noch grosse Schwierigkeiten zu überwinden, um einen richtigen Fortschritt zu erzielen und die finanzielle Frage ist noch immer nicht geregelt. Das Institut zerfällt jetzt in vier Sektionen: Gegen die Tollwut, Sero-Diagnostik, Pockenimpfung und Impf-Therapie. Die grosse Sorge der Direktion ist eine 5. Sektion gegen die Rinderpest.

Dr. Beham besucht jetzt studienhalber die hauptsächlichsten Zentren Europas, zwecks spezieller Nachforschungen über die Tuberkulose, mit deren Behandlung und Therapie er sich hauptsächlich befasst, um ein Werk der Prophylaxe in Palästina zu verwirklichen.

Chronik.

Russland.

(JPZ) Nach Meldung der Esthnischen Telegraphenagentur ist es in Nowgorod zu einem Bauernaufstand gegen die Sovietregierung gekommen, wobei auch antijüdische Ausschreitungen stattfanden.

Ukraine.

(JPZ) Laut in Warschau und Lemberg eingetroffenen Meldungen haben die Banden Petljuras bei ihrem neuerlichen Einfall in die Ukraine wieder Judenpogrome sich zu Schulden kommen lassen (s. „JPZ" Nr. 168), so u. a. in Russisch-Husiatyn und Proskurow, wo die Greueltaten ganz besonders entsetzlich gewesen sein sollen. Der Petljuraaufstand ist übrigens nach neuesten Meldungen aus Ostgalizien vollständig am Erlöschen und flüchteten zahlreiche Anhänger Petljuras, Teilnehmer am Aufstand, nach Ostgalizien, wo sie entwaffnet und interniert wurden.

(JPZ) Laut Meldung der polnischen Presse fand am 1. Nov. in Miropol, im Zusammenhang mit dem Aufstand in der Ukraine, ein Pogrom statt, bei dem es zahlreiche jüd. Opfer gab.

(JPZ) Wie erst jetzt berichtet wird, fand am 9. Okt. in Kiew die Beerdigung der in den pogromierten Städten in der Umgebung Kiews zerrissenen Thorarollen statt, an der mehr als 100,000 Juden teilgenommen haben sollen.

Litauen.

(JPZ) Wie aus Kowno der „JPZ" berichtet wird, sind die Delegierten der Exekutive der jüd. Welthilfskonferenz, Kreinin, Dr. Klee (Berlin) und Glaeser (Paris) und der Hiasvertreter Dr. Kowalsky in Kowno eingetroffen und am 11. Nov. von Aussenminister Dr. Puritzkis, der den kranken Ministerpräsidenten vertritt, empfangen worden. Sie besprachen im einzelnen die Frage der Durchwanderung der russischen Emigranten durch Litauen. Die endgültige Vereinbarung wurde am Abend des 12. Nov. unterfertigt. Danach verpflichtet sich das Exekutivkomitee der „WHK" die Reisespesen für jeden Litauen passierenden Emigranten aus Russland zu decken. Die Emigranten werden in speziellen Baracken untergebracht, die die Welthilfskonferenz errichten wird, wahrscheinlich in Koschadary. Dr. Klee, der zugleich Rechtsanwalt der litauischen Gesandtschaft in Berlin ist, sprach dem Minister für sein freundliches Vorgehen in dieser Frage seinen Dank aus.

(JPZ) In Kowno fand durch 5 Tage eine Konferenz der litauischen Hechaluz-Organisationen statt.

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

(JPZ) Am 6. Nov. fand in Wilna eine Besprechung bez. der Beteiligung der Juden an den Sejmwahlen statt, wobei beschlossen wurde, dass die Juden, so lange das

genaue Wahlgesetz nicht vorliege, ihre Stellung noch nicht präzisieren können. Dr. Wygodski wurde beauftragt, diesen Beschluss der Regierung mitzuteilen.

(JPZ) In einer Unterredung mit dem Vertreter des Warschauer „Najer Hajnt" erklärte General Zeligowski u. a., dass er mit Befriedigung feststellen könne, dass im allgemeinen der jüd. Soldat sich gleich gut und fähig wie alle anderen Soldaten erwiesen habe. Zwischen Juden und Polen in der Armee gäbe es keinen grossen Antagonismus. Was die jüd. Offiziere betrifft, so könne er mit aller Bestimmtheit feststellen, dass sich in seiner Armee nur fähige jüd. Offiziere befinden. Es gäbe bezüglich der Juden keine Beschränkungen oder irgendwelche Prozentnorm. In den Kanzleien arbeiten Juden neben Nichtjuden, da es an intelligenten Kräften mangle. Alle Soldaten müssten vor allem das grosse Ideal Polens vor Augen haben, weshalb, wie es auch der Fall ist, keine Beschränkungen bez. der einzelnen Gruppen existieren dürfen.

Polen.

(JPZ) Am 3. Nov. erschienen die Mitglieder des Organisationskomitees der Agudath Harabanim bei Ministerpräsident Ponikowski in Audienz, mit dem Ersuchen, ihr Statut zu bestätigen und dadurch ihrer Vereinigung die Tätigkeit zu ermöglichen. Die Delegation berührte auch die Frage der Revision des Prozesses des Plozker Rabbiners Schapiro, wie auch das den Juden widerfahrende Unrecht infolge weiterer Einforderung besonderer Spitaltaxen, trotz der Veröffentlichung im „Monitor", dass diese jüd. Spezialsteuer nicht mehr gelte. Zum Schluss erwähnte die Delegation die Frage der Einhaltung des Sabbaths für die jüd. Schüler in den Regierungsschulen und Gewährung des Rechtes der öffentlichen allgemeinen Schulen an die Chadorim. Der Ministerpräsident nahm die Delegation freundlich auf und erklärte, dass das Statut noch diese Woche bestätigt werden würde. Der Auftrag zur Revision des Prozesses gegen Rabb. Schapiro sei bereits erlassen. Das Innenministerium babe dem Sejm bereits ein Spezialprojekt unterbreitet, wegen Aufhebung der besonderen Spitalgebühren für Juden. Die Frage der Sabbathruhe der jüd. Schüler in den öffentlichen Schulen sei ziemlich schwierig, sie werde aber gründlich und gewissenhaft studiert werden; man werde nach Möglichkeit dem jüd. Wunsche willfahren.

(JPZ) Die jüd. Abg. haben eine Interpellation eingereicht wegen des ungesetzlichen Vorgehens der Lokalbehörden Wolhyniens gegen die jüd. Kulturbestrebungen. In einer Reihe aufgezählter Fälle wurden die jüd. Schullokale in Wolhynien ungesetzlicher Weise requiriert, weshalb die Regierung angefragt werde, ob sie diesbez. gehörige Verordnungen zu erlassen gedenke.

(JPZ) Eine Delegation der zion. Exekutive Ostgaliziens intervenierte beim Rektor der Universität wegen Nichtaufnahme eines grossen Teiles der jüd. akademischen Jugend auf der Universität (s. „JPZ" Nr. 168). Der Rektor, Kasprowicz, ging auf die einzelnen Einwendungen genau ein und nahm auch die Delegation sehr freundlich auf; trotzdem hat diese auf Grund des geführten Gespräches und des vom Rektor dargelegten Sachverhaltes einen sehr pessimistischen Eindruck gewonnen.

(JPZ) Am 10. Nov. wurde zwischen der „Hias" und den Warschauer Agenturen der Schiffsgesellschaften eine Vereinbarung getroffen, wonach die Gültigkeit der Schiffskarten, die Emigranten in Polen gekauft haben, oder die ihnen von Amerika zugeschickt wurden, für weitere 2 Jahre erstreckt wird, falls die Emigranten infolge Nichterteilung des Visums ihre Reise nicht antreten können.

(JPZ) Der Direktor der „JCA", Myerson, ist in Warschau eingetroffen, um die Arbeiten der „JCA"-Org. in Polen zu kontrollieren.

(JPZ) In Warschau fand eine Gerichtsverhandlung gegen das Palästinaamt statt, wegen Nichteinhaltung des Sonntagruhegesetzes. Der beschuldigte Leiter des Pal. Amtes, Dr. Korngrün, gab zu, dass in den Büros Sonntags gearbeitet werde. Das Palästinaamt sei jedoch eine nicht auf Gewinn berechnete gemeinnützige Institution, die also nicht den Vorschriften des Sonntagsruhegesetzes unterliege. Er legte auch eine diesbez. Bestätigung des Emigrationsamtes beim Arbeitsministerium vor. Da der Prokurator trotzdem seine Anklage aufrecht hielt, wurde Dr. Korngrün auf Grund der erwähnten Bestätigung freigesprochen. Es handelt sich hierbei um den ersten Prozess wegen Störung der Sonntagsruhe durch eine gemeinnützige Institution, weshalb diesem Urteil eine grosse prinzipielle Bedeutung zukommt.

Ungarn.

(JPZ) Laut „Neue Zürcher Zeitung" fanden in der Samstagnacht in der Königsgasse in Budapest judenfeindliche Exzesse statt, wobei mehrere Juden misshandelt wurden. 4 Pogromisten wurden von der Polizei verhaftet.

Nach einer weiteren Meldung der „N.Z.Z." veranstalteten aus dem Burgenland heimbeförderte Freischärler in der Nähe des Budapester Zentralbahnhofs Strassenunruhen und verprügelten jüd. Passanten. Sonntag Nacht ereigneten sich erneute Pogromversuche in 5 Stadtteilen. Es gab mehrere Verwundete und einige Verhaftungen.

(JPZ) Demnächst werden in Zalaegerszeg 2 grosse Pogromprozesse durchgeführt werden, deren Verhandlung mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird. Angeklagt sind 400 christl. Bewohner der Gemeinden Tapolcza und Diszel wegen Teilnahme an den im Herbst 1919 in jener Gegend stattgefundenen Judenpogromen und Plünderungen. Da die ungarische Presse unter strenger Zensur steht, dürfte der Welt kaum ein wahres Bild über die Folgen des christlichnationalen Kurses und des weissen Terrors geboten werden und die beiden Prozesse im besten Falle mit der Aburteilung der am wenigsten Schuldigen endigen, während die Hauptschuldigen nach wie vor in hohen, gut bezahlten öffentlichen Stellen ihre kulturwidrige Arbeit ungestraft werden fortsetzen können.

(JPZ) - F. - Die Budapester Kunstgewerbeschule hat das System des numerus clausus abgeschafft und finden jetzt Juden dort ausnahmslos Aufnahme. Dieser Systemänderung liegt jedoch keineswegs bessere Einsicht oder reuige Umkehr zu Grunde, sondern sie erfolgte auf Grund einer Forderung der Ungarn in Amerika, die von der Wiedereinführung eines liberalen Systems die Subventionierung der notleidenden Anstalt abhängig machten. Gesinnungen scheinen also in Ungarn leicht käuflich zu sein. Inzwischen setzt man in Ungarn den Kampf gegen die Juden im Wirtschaftsleben unentwegt fort. Einer Anzahl von jüd. Trafikinhabern wurde die Konzession entzogen, während anderen empfindliche Geldstrafen auferlegt wurden, weil sie am Jom Kippur geschlossen hatten. Von der diesbez. Intervention des Rechtsschutzbüros der Budapester jüd. Gemeinde ist natürlich unter den gegebenen Umständen nicht viel zu erwarten. Das neueste Stück auf diesem Gebiete, ist die 70 jüd. Gastwirten entzogene Konzession zum Ausschank geistiger Getränke, die auf Grund eines Gesetzes erfolgte, laut welchem die Entziehung der Schankkonzession zu erfolgen hat, wenn der Inhaber „politisch unverlässlich" ist, oder die ungarische Staatsbürgerschaft erst nach dem 31. Dez. 1900 erlangt hat, oder aber, wenn dessen Vater oder nächste Verwandte sich als politisch unverlässlich erwiesen haben. Dass dieses Gesetz sich ausschliesslich gegen Juden richtet, geht u. a. aus der Durchführungsbestimmung hervor, nach welcher verlangt wird, dass der Konzessionsinhaber auch die Staatszugehörigkeit seines Vaters erweisen muss, wobei nicht der Heimatschein, sondern dessen Geburtsschein vorzulegen ist. Dies ist natürlich in zahlreichen Fällen völlig unmöglich, weil die Matrikenführung vielfach erst verhältnismässig jungen Datums ist.

(JPZ) Der bekannte Orientalist und Universitätsprofessor Ignatz Goldzieher, der langjährige Generalsekretär der Pester isr. Kultusgemeinde, ist im Alter von 71

Jahren gestorben. — Goldzieher, der ausgedehnte Reisen in den Orient unternommen hat, habilitierte sich 1872 an der Budapester Universität, wo er 1893 zum Professor ernannt wurde. Seine Werke, besonders die Abhandlungen zur arabischen Philologie und seine mohammedanischen Studien haben in Fachkreisen grosse Anerkennung gefunden und der Forschung vielfach neue Wege gewiesen.

Oesterreich.

(JPZ) Wien. - F. - Die österreichischen Sozialdemokraten schlagen in letztei Zeit mit Vorliebe einen antisemitelnden Ton an. Die zum Teil von Juden redigierte Wiener „Arbeiterzeitung" (Chefredakteur ist der Jude Austerlitz) leistet sich auf diesem Gebiete oft sehr frivole Velleitäten, deren demagogischer Charakter unverkennbar ist. Diesem ihrem Programm blieben die Sozialdemokraten auch in der am 2. Nov. stattgefundenen Parlamentssitzung treu, in welcher das Schulaufsichtsgesetz zur Verhandlung stand. Nach der früheren Praxis waren in den Stadtschulräten auch die einzelnen Konfessionen durch besondere Vertreter repräsentiert. Die Christlichsozialen kämpfen nun für die Beibehaltung dieser Ordnung, während die Sozialdemokraten ihr aufs heftigste opponieren. Das Gesetz hatte schon die verschiedenen gesetzgeberischen Instanzen passiert, bevor es zur Verhandlung im Parlament kam. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass der sozialdemokratische Sprecher Seitz, der frühere Staatspräsident, den Antisemitismus der Christlichsozialen in Zweifel zog, weil sie für den „Rabbiner" eintreten, und der Sozialdemokrat Sever den Antrag stellte, über die Teilnahme der christlichen Vertreter und die des jüdischen besonders abzustimmen. Auf diese Weise ereignete sich der unglaubliche Fall, dass gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Zulassung von je einem katholischen und protestantischen Vertreter in den Stadtschulrat zu Beschluss erhoben und die des jüd. Vertreters abgelehnt wurde. Die Christlichsozialen hatten gemäss ihrem Antrag für die paritätische Zulassung aller Konfessionenvertreter gestimmt. Den Ausschlag gab wohl die reaktionäre Partei der deutschen Bauernbündler, aber den Sozialdemokraten gebührt der traurige Ruhm, diesen, selbst im antisemitischen Oesterreich unerhörten Beschluss, durch ihren Antrag auf getrennte Abstimmung provoziert zu haben, wobei sie noch ganz besonders gegen den sogenannten rabbinischen Geist im Judentum auftraten und gegen die Vertretung durch einen Rabbiner wetterten, ungeachtet dessen, dass bisher stets ein Vertreter der Wiener Kultusgemeinde und nicht ein Rabbiner die Juden im Schulrat repräsentierte. Auf den Hinweis, die Ausschaltung der Juden widerspreche dem Friedensvertrage, der absolute Gleichheit vorschreibe, erklärte zynisch der sozialdemokratische Sprecher, die Alliierten würden wohl dieser Kleinigkeit wegen kaum in Oesterreich intervenieren. Sapienti sat.

Deutschland.

(JPZ) Berlin. - R. - Der deutschnationale Abgeordnete Mumm stellte im Reichstag eine Anfrage, wann die Regierung durch energische Massnahmen der Masseneinwanderung von Ostjuden, im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom Juli 1920 entgegentreten wolle, besonders angesichts des Umstandes, dass an der wilden Börsenspekulation der letzten Tage, die das Sinken der Mark zur Folge hatte, russische und polnische Juden hervorragend beteiligt sind. Der Vertreter der Regierung erklärte, dass die Durchführung dieses Beschlusses eine Angelegenheit der Länder sei und dass die erforderlichen Massnahmen schon ergriffen wurden.

Der preussische Minister des Innern, Dominicus, hat kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt einen neuen Ausländererlass herausgegeben, in welchem gesagt wird, dass die Landesgrenzen im allgemeinen gegen die Zuwanderung von Ausländern gesperrt bleiben sollen. Nur solche Ausländer, deren Anwesenheit im Inland als erwünscht zu bezeichnen ist, oder wenigstens den auf das Gesamtwohl zu nehmenden Rücksichten nicht widerspricht, können zugelassen werden. Lästige Ausländer, die sich der bereits früher erteilten Aufenthaltsbewilligung unwürdig erwiesen haben, sollen zwangsweise ausgewiesen werden, vor allem Kriminelle, aber auch solche, die sich politisch staatsfeindlicher Handlungen oder unerlaubter Spekulations- und Schiebergeschäfte schuldig gemacht haben. An Stelle einer etwa vorläufig nicht durchführbaren Ausweisung tritt die Unterbringung in einem Sammellager.

(JPZ) Berlin. - R - Der Prozess wegen der Aufführung von Schnitzlers „Reigen" nahm die ganze Woche in Anspruch. Die als Sachverständigen geladenen Künstler und Schriftsteller sagten sämtlich entlastend aus. Durch die verschiedenen Zeugenaussagen wurde klar, dass es sich bei diesem Prozess weniger um eine Aktion des verletzten Sittlichkeitsgefühles, als um eine organisierte antisemitische Kampagne handelt. Die s. Zt. im Theater inszenierten Skandale hatten ausgesprochen antisemitischen Charakter. Auch vor dem Gerichtssaal hörte man immer wieder antisemitische Aeusserungen. Insbesondere die Zeugen erklären offen, dass sie einen Kampf gegen das „Judentum auf der Bühne" führen. Die nationalistische Presse begleitet den Prozess mit antisemitischen Glossen.

Frankreich.

(JPZ) Bez. eines Zuzammenschlusses mit der Prager jüd. Emigrationszentrale, (s. „JPZ" Nr. 168) soll die „JCA" folgende Bedingungen gestellt haben: Das Emigrationskomitee der „JCA" und die neue Prager Organisation sollen geschlossen werden. Auf einer neuen Konferenz haben 5 Direktoren gewählt zu werden; einer, der auch zugleich Vorsitzender ist, vertritt die „JCA" und die anderen die jüd. Welthilfskonferenz, die „Hias" usw.

(JPZ) Der bekannte Pariser Philanthrop, Leonhard Rosenthal, erklärte sich bereit, 40 jüd. Waisenknaben aus der Ukraine auf seine Rechnung erziehen zu lassen. Es bildete sich ein besonderes Komitee in Paris, um Vorbereitungen dafür zu treffen, wie auch um andere Philanthropen heranzuziehen, um die Erziehung weiterer Waisenkinder zu übernehmen.

England.

(JPZ) Auf eine Anfrage Lord Sydenhams erklärte der Regierungsvertreter, der Herzog von Southerland: S.



M. Regierung ist nicht gewillt, den Völkerbundsrat zu ersuchen, die Prüfung des Palästinamandates zu verschieben, bis das englische Parlament den Vertragsentwurf durchdiskutiert haben wird; aber so lange der Friedensvertrag von Sèvres nicht ratifiziert ist, ist keine Hoffnung vorhanden, dass das Mandat vom Völkerbundsrat bestätigt werde.

(JPZ) Auf eine Anfrage Lord Sydenhams erklärte Earl Crawford, dass der Text des Palästinamandates sowohl dem Völkerbunde, als auch dem Parlamente bereits überreicht wurde. Falls das Oberhaus eine Diskussion über das Mandat wünsche, glaube er nicht, dass die Regierung etwas dagegen haben werde.

(JPZ) Am 7. Nov. stellte Joynson-Hicks an den Kolonialminister die Anfrage, ob dem russischen Juden Ruthenberg eine Konzession für die Errichtung eines Elektrizitätswerkes in Palästina erteilt wurde, ob Offerten auch von anderen Firmen eingereicht wurden und ob man dabei bloss jüd. Arbeit benutzen und arabische Arbeit ausschliessen werde. Der Vertreter des Kolonialministeriums, Wood, erklärte: Ruthenberg hat im Einverständnis mit der Zion. Org. der palästinensischen Regierung ein Gesuch überreicht, wegen einer Konzession zur Ausnützung der Wasserkräfte des Jordan, Jarmuk und auch anderer Gewässer in Palästina für elektrische Energie, die über das ganze Land verteilt werden soll. Dies Projekt ist von der palästinensischen Regierung und dem Kolonialministerium überprüft worden. Diese Ueberprüfung hat ergeben, dass dieses Projekt für die ganze palästinensische Bevölkerung von grossem Nutzen sein wird. Daraufhin wurde eine Vereinbarung getroffen zwischen der palästinensischen Regierung und Ruthenberg, wonach diesem unter gewissen Bedingungen die Konzession erteilt wird. Irgend ein anderes Gesuch um eine ähnliche Konzession wurde nicht eingereicht, da unter den gegenwärtigen Bedingungen keine andere Person oder Organisation in der Lage ist, diese Frage befriedigend zu lösen. Was den letzten Teil der Frage betrifft, so glaube er, dass Ruthenberg bei seinen Arbeiten auch zahlreiche palästinensische Einwohner beschäftigen wird. Sir Brittain schliesst daran die Anfrage, ob es nicht unfair sei, zu insinuieren, dass die Juden in Palästina nicht ebenso wie alle Anderen Konzessionen erhalten sollen.

Im Anschluss an diese Parlamentsdebatte veröffentlicht der „Daily Chronicle" vom 8. Nov. einen Leitartikel bez. der ökonomischen Aussichten in Palästina, worin es u. a. heisst: Die Frage wegen der Ausnützung der Wasserkräfte in Palästina hat 2 interessante Punkte: 1. die Tatsache, dass die Vereinbarung getroffen wurde vermittelst der Zion. Org., die schon grosse Summen für die Erforschung solcher Probleme ausgegeben hat. Ruthenberg ist ein jüd. Ingenieur und sind Arbeiten wie das Projekt ein gutes Beispiel für die grossen Leistungen, die der Zionismus in Palästina zu Gunsten aller Einwohner erfüllen kann. Die Vermittlung der Zion. Org. beweist, dass, obwohl das Mandat noch nicht ratifiziert wurde, es doch de facto bereits gehandhabt werde. Der 2. Punkt betrifft die grosse kommerzielle Bedeutung dieser neuen Quelle mechanischer Energie in Palästina. Die Zukunft Palästinas, das keine Kohlen besitzt, hängt von der Wasserkraft ab. Der Artikel endet mit einem allgemeinen Ueberblick über die ökonomischen Möglichkeiten in Palästina und die Rolle, die dabei billige Elektrizität zu spielen berufen ist.

(JPZ) An der Eröffnung eines jüd. Wohltätigkeitsbazars in Leeds nahm auch Lord Rothschild Anteil, der in seiner Rede u. a. ausführte: Die Juden sind patriotische Bürger der Länder, in denen sie leben, vergessen aber nicht ihre Pflicht, ihren notleidenden Brüdern in anderen Ländern zu helfen. Wir wollen Geld sammeln, um den Pogromopfern zu helfen, unter besseren Bedingungen ein Heim zu finden. Die Schwierigkeiten bez. der Schaffung des jüd. nationalen Heims sind auf Grund von Missverständnissen beider Parteien entstanden, sowohl der Zionisten wie auch der Araber. Wenn diejenigen, die ihren unglücklichen Brüdern in Europa helfen wollen, sich in Palästina ansässig zu machen, klar zum Ausdruck bringen würden, dass sie nicht beabsichtigen, sich in innere Angelegenheiten zu mengen, dann würden die Pläne, Juden in Palästina zu kolonisieren, auf bessere Art verwirklicht werden können und würde wenigstens ein grosser Teil unseres Volkes die Möglichkeit haben, ein neues Leben zu beginnen, unter Schutz derjenigen Grossmacht, unter der wir leben und der wir als Bürger dankbar sind.

(JPZ) Die „Morning Post" und andere gleichgesinnte Blätter hatten in ihrer judenfeindlichen Propaganda auch die Behauptung aufgestellt, de Valera, der Präsident der Sinnfeiner sei Jude, bezw. Judenstämmling, um so nachweisen zu können, dass fast alle antienglischen Treibereien von Juden inszeniert würden. Nun teilt der „Jewish Guardian" mit, dass vom irischen Staatssekretär O' Connell die Erklärung abgegeben wurde, de Valera sei Urarier und stamme weder väterlicher noch mütterlicherseits von Juden ab.

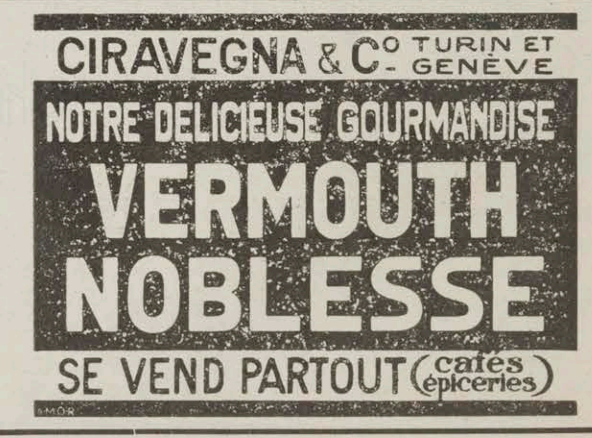
(JPZ) Wie die engl. katholische Zeitung „The Universe" mitteilt, ist der bekannte Finanzier Cassel als Katholik gestorben. Die Tatsache seines Uebertritts zur katholischen Religion sei für viele eine volle Ueberraschung gewesen. Das Begräbnis fand nach römisch-katholischem Ritus auf dem Konsul-Green-Friedhof statt.

Amerika.

(JPZ) Wie berichtet wird, dürfte Balfour, der jetzt als Leiter der englischen Delegation zur Washingtoner Konferenz in Amerika weilt, an einer grossen jüd. Versammlung teilnehmen, um die amerikanischen Juden aufzufordern, ihre Hilfe dem Wiederaufbau des nationalen Heims in Palästina zu gewähren.

(JPZ) Auf der „Aquitania", auf der sich die zion. Delegation nach Amerika einschiffte, fand ein von den zahlreichen jüd. Passagieren des Schiffes veranstalteter Empfang zu Ehren der zion. Delegation mit Sokolow an der Spitze statt, an der auch die auf demselben Schiffe sich nach Amerika begebenden Mitglieder der englischen Delegation zur Washingtoner Konferenz teilnahmen. Eine erfolgreiche Sammlung für den Keren Hajessod wurde veranstaltet

(JPZ) Louis Marshall hat sich bereit erklärt, im Empfangskomitee für die zion. Amerikadelegation mitzuwirken und sich aktiv an der Keren Hajessodarbeit in



Amerika zu beteiligen. Man verspricht sich in Amerika von dieser Mitarbeit Marshalls grossen Erfolg für den Keren Hajessod. Ausser Untermyer beteiligen sich in diesem Komitee u. a. noch Exbotschafter Elkus, Nathan Straus, Adolf Kraus, Judge Danenbaum, Adolf Lewison, Dr. Magnus, Rabbi Schulman u. a. m.

(JPZ) Telegramme aus Amerika wissen über den der zion. Delegation bereiteten grandiosen Empfang am Hafen und die durch die jüd. Strassen veranstaltete Automobilparade zu berichten. Sokolow soll binnen kurzem nach Washington gehen, da es doch nicht ausgeschlossen ist, dass dort auch die Mandatsfrage, wenn auch nur in indirekter Form, zur Sprache kommt. Die Delegation dürfte Versuche unternehmen, um mit der Brandeisgruppe zu einer Verständigung zu gelangen und erklärte Prof. Warburg, dass er persönlich trachten werde, einen Ausgleich mit Brandeis zu finden. Die amerikanische Presse widmet, obwohl sie durch die Washingtoner Konferenz vollauf in Anspruch genommen ist, der Delegation spezielle Artikel und längere Berichte.

(JPZ) Im Auftrage der Aguda sollen demnächst der Rabbiner von Poniewiesch und der Rosch Jeschiba von Slobodka nach Amerika kommen.

(JPZ) Das Immigrationsamt hat die Zahlen der bisher in Amerika Eingewanderten wie auch die zur Einwanderung bis 1. Juli noch Zugelassenen veröffentlicht. Laut diesem Bericht, der mit 1. Nov. abschliesst, können aus Polen und Galizien noch einwandern 5160 (25,800) — eingeklamm. Zahlen bedeuten die gesamte Jahresquote — aus Russland 21,464 (34,247), Ungarn 1127 (5635), Deutschland 51,012 (68,039), Tschecho-Slovakei 4120 (14,269), Oesterreich 4666 (7444), Rumänien 2258 (7414), England 47,164 (77,206). Die Quote für Palästina in der Zahl von 56 ist bereits erreicht und werden keine weiteren Einwanderer aus Palästina zugelassen.

(JPZ) Auf Initiative der Organisation der demobilisierten jüd. Soldaten in Philadelphia, soll demnächst im Kongress eine Gesetzvorlage gegen die Verbreitung der antisemitischen Literatur, sowie gegen die Annahme solcher Pamphlete durch die Post, eingebracht werden. Mehrere Kongressmitglieder versprachen, ihr Möglichstes für die Annahme dieser Vorlage durch den Kongress zu tun. (JCB)

(JPZ) An dem letzten Exekutiv-Meeting des Joint nahm auch Noach Prilucki aus Warschau teil, der in einem längeren Referate die Lage der jüd. Flüchtlinge in Polen schilderte und das Joint um Mitarbeit mit dem Ukrainer-Komitee in Warschau ersuchte. Das Joint versprach die Angelegenheit zu überprüfen und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu studieren.

(JPZ) Dr. Benderli, der Vertreter der American Palestine Company, ist am 1. Nov. nach Amerika zurückgekehrt. Er berichtet, dass die American Palestine Co. bereits 2 Banken in Palästina organisiert habe, die „Urban Mortgage Bank of Palestine“, die hauptsächlich Baukredit erteilen werde — Pläne für die mit Hilfe dieser Bank in Jaffa zu bauenden 400 Häuser liegen bereits vor — und eine „Industrial Credit Bank of Palestine“. Ein Zentralbüro in Jaffa wurde errichtet, das beide Banken kontrollieren wird.

(JPZ) Am 1. Nov. fand bei Harry Fishel eine Beratung statt, wegen Gründung einer Building Loan Company für Unterstützung des Häuserbaues in Palästina durch die amerikanischen Juden. Der Plan von Fishel wurde genehmigt und die Gründung beschlossen.

(JPZ) Während die Beiträge des Joint für momentane Hilfe in Europa mit 1. Juli eingestellt wurden, haben die besonderen Verhältnisse in Palästina dazu geführt, dass das Joint die Einstellung der momentanen Hilfe in Palästina für den 1. Nov. verschoben hat. Nach einem letzten, von Dr. de Sola Pool eingetroffenen Bericht ist ersichtlich, dass es auch jetzt unmöglich ist, die momentane Hilfe ganz einzustellen; er verlangt spezielle Beiträge für Erhaltung gewisser Institutionen während der Uebergangszeit, damit nicht wieder das alte Chaluka-System eingeführt werden müsse. Das Joint hat ihm für diesen Zweck erneut 7500 Dollar bewilligt.

(JPZ) Vom 20.—24. Nov. findet in New York die Jahreskonferenz des Misrachi statt.

(JPZ) Die Spezialkonferenz der Föderation der polnischen Juden in Amerika vom 30. Okt. hat eine energische Arbeit für den Heren Hajessod beschlossen. Der Monat Kislew (Dezember) soll als Keren Hajessod Monat für alle Organisationen der polnischen Juden in Amerika deklariert werden.

Erez Israel. — Palästina.

(JPZ) In Palästina herrscht vollständige Ruhe. Die Zwischenfälle in Jerusalem vom 2. November werden allgemein als erledigt betrachtet.

(JPZ) Laut den letzten Nachrichten aus Palästina hat das ausserordentliche Gericht eine weitere Reihe von Verhafteten verurteilt, u. zw. einen Araber, bei dem man eine Bombe gefunden hat, zu 15 Jahren Gefängnis, einen weiteren Araber, der ein Gewehr bei sich hatte, ebenfalls zu 15 Jahren, einen Araber zu 15 und zwei zu 12 Monaten. Auch 3 Juden wurden verhaftet.

(JPZ) Die palästinensische zion. Exekutive, der Waad Leumi, der Jerusalemer Waad Hair, die Organisation der Sephardim und das Oberrabbinat haben der palästinensischen Regierung die Forderung überreicht, man solle wegen der jüngsten Geschehnisse in Jerusalem bis nach Durchführung der besonderen Untersuchung den Jerusalemer Gouverneur seines Amtes entheben (s. „JPZ“ Nr. 168).

(JPZ) Das in Jerusalem verbreitete Gerücht, die Araber hätten im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 2. Nov. dem Jerusalemer Gouverneur, General Storrs, Ovationen bereitet und auf den Schultern herumgetragen, wird offiziell dementiert. Der diesbez. im „Haaretz“ erschienene Bericht soll in jüd. Kreisen schlechten Eindruck gemacht haben.

Der Bericht der Haycraft-Kommission.

(JPZ) Der soeben veröffentlichte Bericht über die Mai-

unruhen und deren Ursachen (s. „JPZ" Nr. 167), schildert en détail die einzelnen Vorfälle und betont ganz besonders die Roheit der Attacken auf Kfar Saba und Ein Chai, die ohne jede Provozierung erfolgten. Der Bericht ist viel zu ausführlich, als dass hier des näheren darauf eingegangen werden könnte. Im Grossen und Ganzen gewinnt man den Eindruck, dass auch bei Abfassung dieses Berichtes politische Motive mit eine Rolle gespielt haben und man beiden Parteien, Arabern und Juden, nicht weh tun wollte. Der Bericht enthält auch ein Begleitschreiben Samuels, worin dieser erklärt, zahlreiche dort angeregte Massnahmen bereits ergriffen zu haben und eine Antwort Churchills, worin dieser die Veröffentlichung genehmigt und den Bericht als sehr geschickt verfasst, klar und logisch, bezeichnet. Merkwürdig ist, dass man den Bericht über die Maivorfälle 1921 veröffentlichte, dagegen die Ergebnisse über den Jerusalemer Pogrom von Ostern 1920 der Oeffentlichkeit aus politischen Gründen noch immer vorenthält.

(JPZ) Laut dem Haycraft-Bericht gab es in Jaffa im Mai 1921 95 Tote, 48 Araber und 47 Juden, und 219 Verwundete, 73 Araber und 146 Juden.

(JPZ) Der Zivilsekretär, Sir Wyndham Deedes, besuchte die während der Maiunruhen gänzlich zerstörten Kolonien Kfar Saba und Ein Chai, wo die Verwüstungen nicht einmal vor dem Friedhof, auf dem zahlreiche während des Krieges verstorbene Angehörige aller Konfessionen begraben sind, halt gemacht haben. Als Vertreter der jetzt in Petach Tikwah lebenden Einwohner schilderte Dr. Skiwin die Leiden der Einwohner und beklagte sich, dass die Engländer nach ihrem Einzuge wohl den umliegenden Dörfern, aber nicht den jüd. Kolonien geholfen hätten. Trotzdem wurden mit Hilfe der „JCA", des Waad Hazirim und der „APC" die im Kriege entstandenen Ruinen wieder hergestellt, doch wurden die Siedlungen im Mai wiederum von Arabern zerstört, wofür von der Regierung eine Entschädigung und die Ermöglichung des Wiederaufbaues gefordert werde. Skiwin erwähnte auch u. a., dass, wenn die Juden ihre Toten nicht nackt begraben würden, man auch die jüdischen Gräber erbrochen hätte, wie es mit denen der englischen Soldaten, die als Helden auf dem Kriegsschauplatz gefallen waren, der Fall war. Deedes betont in seiner Antwort, dass er sich vorher kaum ein wahres Bild von der Grösse der Verwüstungen gemacht habe. Er werde das, was er überall gesehen habe, dem High Commissioner genau berichten und mit ihm die Art der Hilfe genau besprechen. Der in Begleitung Deedes sich befindliche Major Campbell, der Gouverneur Jaffas, empfahl den Kolonisten, auf der Höhe ihrer Aufgabe zu bleiben und auch weiterhin in ihrer bewährten jüd. Energie nicht zu erlahmen. Sie mögen in ihre Dörfer zurückkehren oder, falls ihnen dies nicht möglich sei, Chaluzim für den Wiederaufbau verwenden. Für die Ermöglichung der Aufnahme des Wiederaufbaues ersuchte Skiwin um 10,000 Pf. für momentane Hilfe.

(JPZ) Laut § 5 der Immigrationsverordnung vom 26. Aug. 1920, die laut offizieller Kundmachung auch weiter in Kraft bleibt, dürfen an Personen, die mit folgenden Krankheiten behaftet sind, keine Einreisebewilligungen nach Palästina erteilt werden: Geisteskranke, Epileptiker, Syphilitiker, Tuberkulöse, Leute die an ansteckenden und ekelerregenden Hautkrankheiten leiden, oder an solchen Krankheiten, die nach Ansicht der Aerzte es ihnen verunmöglichen, sich ihren Erwerb zu verdienen, ausser wenn sie hinreichende Beweise für den Besitz genügender Existenzmittel, oder die Bürgschaft einer verantwortungsvollen Person, oder einer Organisation erbringen. Personen, die an vorübergehenden ansteckenden oder Geschlechtskrankheiten leiden, müssen unmittelbar, sei es auf eigene, sei es auf Rechnung der bürgenden Person resp. Organisation, ins Spital gebracht werden, bis zur vollständigen Genesung resp. Ausschaltung jeder Ansteckungsgefahr. Die sanitäre Abteilung hat das Recht, von jedem Touristen den Nachweis zu verlangen, dass er im Laufe der letzten 7 Jahre gegen Pocken geimpft worden ist. Falls es notwendig ist, werden die Reisenden gegen Pest, Cholera u. Ruhr geimpft. Jeder Immigrant oder Pilger wird gegen Pocken geimpft und steht es dem Arzte frei, ihn auch gegen Cholera, Pest u. Ruhr zu impfen. Sämtliche Immigranten und Pilger verbleiben nach Ermessen der sanitären Abteilung unter ärztlicher Aufsicht und Behandlung. Im Falle der Notwendigkeit werden sie und ihr Gepäck desinfiziert.

(JPZ) In einem Leitartikel „Die arabische Sprache" beklagt sich der „Lisun-el-Arab", über die Zurücksetzung der arabischen Sprache durch die palästinensische Regierung. Auf Schritt und Tritt werde, obwohl die 650,000 Araber und die Mehrzahl der einheimischen Juden arabisch, und nur zum Teil englisch verstehen, das Englische bevorzugt. Diese Sprachenfrage trage sehr viel zu den Missverständnissen zwischen Volk und Regierung bei. Um diesen abzuhelfen wäre es Pflicht aller höheren englischen Beamten, arabisch zu lernen, resp. sich in dieser Sprache gut bewanderter Dolmetscher zu bedienen.

(JPZ) Der Sekretär des syrischen Verbandes in Kairo, Mahmud Ali Tahar, veröffentlicht im „Aharam" einen Artikel, worin er scharf Stellung nimmt gegen die Aeusserungen General Hadar Paschas (s. „JPZ" Nr. 167) zu der arabischen Frage, insbesondere gegen seine Behauptung, die Araber dürften nicht von England die Annullierung der Balfour-Deklaration fordern. Wie konnte ein Syrier, ein nationaler Araber, heisst es in diesem Artikel u. a., solche Worte sagen, wo doch selbst ein Weizmann, Storrs oder Samuel, den sämtliche Palästinenser, obwohl er ein eifriger Zionist ist, seiner Gerechtigkeit wegen verehren, solche Worte nicht ihren Lippen entschlüpfen liessen und dem arabischen Volke keine solche Ohrfeige versetzten, wie Hadar Pascha. Hadar Pascha sollte lieber den Engländern raten, gegen das arabische Volk gerecht zu sein, als dieses zu hintergehen und zu beleidigen.

(JPZ) Laut „Doar Hajom" wird aus Amman berichtet, dass die Regierung Ostjordaniens beschlossen habe, binnen kurzem einen parlamentarischen Rat einzuberufen, mit dem Rechte der Gesetzgebung. Die Mitglieder dieses Rates sollen aber nicht gewählt, sondern durch Emir Abdullah ernannt werden. General Hadar Pascha, Oberst Lawrence und Scheich Abdul Melech, Vertreter des Königs von Hedschas in Aegypten, hatten eine Besprechung mit Emir Abdullah bez. dieses Advisory Council und der künftigen Beziehungen zwischen Ostjordanien und Hedschas.

(JPZ) Laut „Doar Hajom" eröffnete die Aguda in Jerusalem am 1. Nov. ein Immigrationsbüro für die der Aguda angehörenden Chaluzim aus dem Galuth. Dies Büro wird den Immigranten für die ersten Tage nach ihrer Ankunft

Kost und Quartier gewähren und sich bestreben, ihnen Arbeit zu verschaffen. Die Aguda gedenkt noch weitere solche Büros in anderen palästinensischen Städten, vor allem in Jaffa, zu eröffnen.

(JPZ) Die Haifaer „Achbar" teilt mit, dass binnen kurzem mit dem Hafenbau in Jaffa begonnen werden soll. Die Konzession wurde einer italienischen Gesellschaft erteilt. Die „Achbar" teilt des weiteren mit, dass Ing. Ruthenberg nach seiner Rückkehr aus London die Jaffaer Gemeinde und die Grundbesitzer am Jarkonfluss zu beeinflussen suche, seinem Plane zuzustimmen und ihm den dazu nötigen Boden zu verkaufen. Er habe jedoch bei den Grundbesitzern bisher keinen Erfolg erzielt. Die Jaffaer Gemeinde habe beschlossen, die ganze Angelegenheit der Oeffentlichkeit Jaffas zu unterbreiten, damit sich diese dazu äussere.

(JPZ) Wie aus Beirut berichtet wird, verhandelt die palästinensische Regierung mit der Regierung Grosslibanons wegen Baues einer normalspurigen Eisenbahnverbindung zwischen Akka und Beirut.

(JPZ) Namens der von der Aguda mit Sitz in Lodz ins Leben gerufenen Zentrale für Handel und Industrie in Palästina, die den Warenverkehr zwischen Palästina und Polen entwickeln und die Privatinitiative in Palästina stärken soll, kam dieser Tage einer der Warschauer Grossfabrikanten, Rosenfeld, nach Palästina. Eine weitere Gruppe von Kaufleuten und Industriellen aus Polen wird bald in Palästina erwartet. Auch ein Rigaer Holzhändler, Kahane, hat sich in Jaffa niedergelassen und bereits ein grösseres Holzquantum aus Polen bestellt. Kahane wurde zum Leiter des Agudabüros in Jaffa gewählt.

(JPZ) Mehrere Schiffe mit Holzladungen aus Polen nach Palästina sollen dieser Tage den Danziger Hafen verlassen haben. Es ist dies der erste Versuch von polnischem Holzexport nach Palästina. (Ziko.)

(JPZ) Die Zionist Commission plant im Laufe des Frühjahres in Jerusalem 3 neue Schulbauten zu errichten, eine Sekundarschule in der Altstadt, eine Elementarschule in der Nähe der Altstadt und ein Lehrerseminar, dessen Lage noch nicht bestimmt ist. Für diese Bauten stehen dem Waad Hazirim 25,000 Pf. zur Verfügung, die der Zionistenkongress bewilligt hat.

(JPZ) Prof. Schatz erhielt von einem Fabrikanten künstlicher Zähne in Philadelphia, Blum, die Mitteilung, wonach dieser gedenke, seine Zähnefabrik nach Palästina zu überführen und demnächst nach Palästina komme, um dort mit dem Bau zu beginnen. Er wurde zugleich von seinen der Brandeisgruppe angehörenden Freunden beauftragt, sich auch für andere Industriezweige in Palästina zu interessieren.

(JPZ) In der Nähe von Haifa, etwa 6 km landeinwärts von der Eisenbahn, die nach Emek Jesreel führt, wurden vom „JNF" 3000 Dunam Boden erworben, auf dem die Tschlenow-Kolonie erstehen soll. Die s. Zt. für diese Kolonie eingeleitete Sammlung hat bisher 21,500 Pf. ergeben. Um die Arrondierung und Ameliorierung des Grundstückes zu ermöglichen, hat die letzte Generalversammlung des Keren Kajemeth beschlossen, die Sammlung bis zum 17. Febr. 1922, den 4. Todestag Tschlenows, womöglich auf 40,000 Pf. zu ergänzen.

(JPZ) Eine kartographische Anstalt in Deutschland wurde von der Zionist Commission mit der Herstellung eines hebräischen Globus für die palästinensischen Schulen beauftragt, an dem bereits gearbeitet und der schon in wenigen Monaten fertiggestellt sein wird.

(JPZ) Auf der Grundlage des Programmes von Soskin führt eine Gruppe in Saronia bei Sichron Jakob eine Siedlung aus, welche den Gemüsebau betreiben soll. Der Jahresabschluss endigt mit einem nur kleinen Defizit, sodass der Versuch im allgemeinen als gelungen bezeichnet werden kann. Im nächsten Jahre werden 90 Dunam für Gemüsebau bestimmt werden. Ausserdem wird Vieh-, Geflügel- und Bienenzucht hinzugefügt werden. (J.C.B.)

(JPZ) Der Waad Hair von Jaffa befasst sich mit der Frage der Errichtung von Denksteinen auf den Gräbern der Opfer der Maiunruhen, für welchen Zweck ein Spezialkomitee eingesetzt wurde.

(JPZ) Die Aerzteorganisation in Jaffa veranstaltete einen Empfang für Prof. Erdheim aus Wien, der auf Einladung der Hadassah für 6 Monate nach Palästina kam, zwecks Organisierung einer pathologisch-anatomischen Abteilung. Prof. Erdheim beklagte sich in seiner Rede ganz besonders über den Mangel an Leichen für vorzunehmende Sezierungen.

(JPZ) Anlässlich der am 31. Okt. im Davidsturm stattgefundenen Eröffnung des allgemeinen Museums wurde Dr. Slousch von der Regierung zum verantwortlichen Inspektor der jüd. Abteilung des palästinensischen Museums ernannt.

(JPZ) Der Vertreter des Joint in Palästina, Dr. de Sola Pool, soll wie verlautet nach Amerika zurückkehren, um dort einen wichtigen Posten auf dem Gebiete des Erziehungswesens einzunehmen.

Schweiz.

(JPZ) Am 13. Nov. fand in Baden der XXV. ausserordentliche Delegiertentag der schweizerischen Zionisten bei Teilnahme von über 30 Delegierten statt. Nach Eröffnung durch den Sachwalter J. Horn wurde das Tagespräsidium mit Dr. Farbstein (Präsident), Bollag (Bern) und Dr. Goetschel (Vizepräsidenten) und Architekt Hauser und Dr. Weinert (Schriftführer) bestellt. Horn erstattete den Tätigkeitsbericht für die 4 Monate seiner Amtsführung und zwar über die Durchführung der ihm übertragenen, eng begrenzten Aufgaben: Durchführung der Kongresswahlen, Aufrechthaltung der Verbindung mit der Exekutive in London und eheste Einberufung des Delegiertentages, zwecks Bestellung eines neuen C.C. Der Delegiertentag sprach dem Sachwalter seinen Dank für die pflichtgemässe Durchführung aus und erteilte ihm für seine Tätigkeit wie auch Kassagebahrung einstimmig Decharge. Dr. Goetschel unterbreitete den Delegierten ein Memorial über die Finanzgebahrung des vorigen C.C., zu dessen Ueberprüfung eine Kommission, bestehend aus Dr. Pinkus, Moritz Levy und Dokow eingesetzt wurde, die feststellte, dass die Angaben dieses Memorials den vorliegenden Unterlagen vollkommen entsprechen. Objektive Schlüsse konnten jedoch nicht gezogen werden, da die Geschäftsbücher, trotz aller Bemühungen, von Dr. Brunschwig nicht zu erhalten waren. In einer angenommenen Resolution wurde beschlossen, dass obgenannte Kommission alle möglichen Schritte unternehmen soll, um auf gütlichem Wege die Angelegenheit mit Dr. Brunschwig zu ordnen, damit sie das neue C.C. in keiner Weise mehr belaste. Eine von der Zürcher Ortsgruppe eingebrachte Statutenänderung wurde angenommen, wonach das Landeskomitee wieder eingeführt wird, — die Vereine wählen auf je 100 angefangene Mitglieder ein Landeskomiteemitglied — und das C.C. sich nach Ressorts organisiert. Auf der Nachmittagssitzung wurde nach längeren Debatten das neue C.C. gewählt und zwar Dr. Farbstein, Dr. Pinkus, J. Horn, A. J. Rom und Lewin (St. Gallen). Bei der nachfolgenden Konstituierung wurde Dr. Pinkus zum Präsidenten bestimmt; der Präsident soll nach den vom Delegiertentag beschlossenen Aenderungen, gleich seinen anderen Kollegen, nur Ressortleiter und ebenso wie diese nur für sein Ressort verantwortlich sein und solle, wenn immer möglich, alljährlich ein anderes Mitglied des C.C. die Präsidentschaft, die fast nur im Vorsitz in den Sitzungen besteht, führen. Dr. Pinkus übernahm die Organisations- und Palästinaarbeit, Dr. Farbstein Keren Hajessod und J. Horn das Kassawesen. Lewin (St. Gallen) bleibt weiter Nationalfondskommissär.

Nach Schluss des Delegiertentages um 6 Uhr abends fand eine gut besuchte Nationalfondskonferenz statt. Am Delegiertentage wurden 100 Fr. gesammelt, für Ankauf von 2 Dunam Land, auf den Namen von J. Horn, als Dank für die von ihm opferwillig als Sachwalter geleistete Arbeit.

(JPZ) Basel. Im Alter von 42 Jahren ist in Basel der ordentliche Professor der Dermatologie und Vorsteher der hiesigen dermatologischen Klinik, Dr. Felix Lewandowsky, verstorben. Nach gründlicher Aus-

bildung an der Jadassohnschen Klinik in Bern und nach einem längern Studienaufenthalt in Paris hat er zunächst in seiner Vaterstadt Hamburg sich als praktizierender Arzt niedergelassen, neben seiner praktischen Tätigkeit aber zu weiteren gründlichen wissenschaftlichen Studien Zeit zu erübrigen verstanden. Ende 1916 wurde er als Nachfolger von Prof. Bruno Bloch (jetzt in Zürich) an die medizinische Fakultät in Basel berufen. In vorzüglicher Weise verstand er es vor allem, seine Schüler in die Dermatologie einzuführen. Von seinen grundlegenden wissenschaftlichen Forschungen seien diejenigen auf dem Gebiete der Hauttuberkulose genannt. Seinen Patienten widmete er eine über das wissenschaftliche Interesse hinausgehende persönliche und menschliche Anteilnahme. Im Kreise seiner Kollegen und Schüler war er seines besonders achtenswerten Charakters wegen ausserordentlich geschätzt und gehörte zweifellos zu den beliebtesten Professoren der hiesigen Universität. Die bedeutenden Hoffnungen, die für die Zukunft in ihn gesetzt wurden, sind nun mit seinem allzufrühen Tode geschwunden. Lewandowsky nahm sich auch besonders der Interessen der jüd. Studenten der hiesigen Universität an und freute sich jeder Gelegenheit, da er ihnen seine Sympathie bekunden konnte, wie er überhaupt sich mit Stolz zum Judentum bekannte und mit besonderer Verehrung auf seine Verwandten, dem genialen Denker Herman Cohen und den tief empfindenden Musiker Louis Lewandowsky blickte. Die Anteilnahme, die sein Heimgang in Basel auslöste, war eine allgemeine.

(JPZ) Basel. Der jüd. Religionsphilosoph David ben Joseph Kahan, der sich durch seine tiefgründigen, im Jüdischen Jahrbuch für die Schweiz, 2. und 4. Jahrgang, veröffentlichen Aufsätze über die Grundlagen der jüd. Religionsphilosophie in der Gelehrtenwelt bereits einen Namen verschafft hat, hat nach siebenjährigem Aufenthalt, den er in Basel als Lehrer am Beth-Hamidrasch und als Student der Philosophie an der Universität verbrachte, seine bisherige Wirkungsstätte verlassen, um nach Jerusalem überzusiedeln. Kahan, ein begeisterter Anhänger der Ideen von Rabbi A. J. Kook, wird in dessen jüngst begründetem „Merkas Horaw" eine hervorragende Stellung einnehmen. Der junge vielversprechende Gelehrte hat sich mit seiner idealen Gesinnung, die er in Lehre und Leben kündete, in Basel, vor allem unter der Jugend, eine stattliche Gemeinde von Verehrern geschaffen, die seinen Wegzug ausserordentlich bedauert. Er war ein eifriger Förderer der „Jerusalem" Organisation in der Schweiz.

Sportliches.

Hakoak I — Strassenbahn I: 5:1 (2:0).

(JPZ) Sonntag, den 13. Nov. fand ein Fussballmatch Hakoah I gegen Strassenbahn I auf dem Klubspielplatz an der Allenmoosstr. statt. Schon in der 10. Minute erreichte Hakoah durch Pollak die Führung, während in der 35. Minute Weil das 2. Mal den Ball ins Netz jagte. Nach der Pause konnte Hakoah durch Apter, Weil und Reichgott weitere 3 Goals erzielen u. erst zu Ende gelang es der Strassenbahn, ihr Ehrengoal zu erzielen. Das Resultat entsprach dem Stärkeverhältnis und errang die bessere Mannschaft den Sieg. Schiedsrichter Winkler v. F. C. Zürich.

(JPZ) Die Wiener Hakoah errang am 13 Nov. im Meisterschaftsspiel gegen W.A.F. den Sieg mit 5:3 (3:1).

(JPZ) Auf der Konferenz des Verbandes der jüd. Sportsvereine in Rumänien wurde beschlossen, eine jüd. Pfadfinder-Vereinigung Grossrumäniens zu organisieren. P—k.

Theater und Musik.

(JPZ) Der in Zürich bestbekannte jüd. Violoncellist, Joachim Stutschewsky, der vor kurzem in die „Wiener Triovereinigung" (Severin Eisenberger, Fritz Rothschild und Joachim Stutschewsky) berufen worden ist, tritt demnächst mit genannter Vereinigung die erste Konzerttournee an, die ihn nach Holland, Deutschland und Oesterreich führt.

(JPZ) In Jaffa wurde eine jüd. musikalische Gesellschaft gegründet, zwecks Entwicklung der jüd. Musik, speziell des jüd. Liedes und als erster Schritt für die Organisierung einer jüd. Oper.

(JPZ) Eine von An...ski fast vollendet zurückgelassene Tragödie „Nacht und Tag" wurde lt. den ihm s. Zt. vom Autor erteilten Weisungen von Kacyzne bühnenmässig ergänzt und soll demnächst in Warschau zur Aufführung gelangen. Es handelt sich hier um die Tragödie eines Wunderrabbi, der die Frucht einer während eines Pogroms geschehenen Vergewaltigung ist, gehüllt in chassidische Mystik.

(JPZ) Der „Dybuk" von An...ski, der auf zahlreichen Bühnen grosse Erfolge aufzuweisen hat, soll demnächst in Warschau in Uebersetzung von Korem auch in polnischer Sprache aufgeführt werden. Die Uebersetzung soll gleichzeitig auch im Buchhandel erscheinen.

Presse- und Verlagsnotizen.

(JPZ) Dr. Jakob Klatzkin ersucht die „JPZ" um folgende Mitteilung: „Die durch den Jüd. Verlag in Berlin erfolgte Ankündigung einer hebräischen Verlagsabteilung unter meiner Redaktion veranlasst mich zu erklären, dass ich nunmehr in keiner Beziehung zu diesem Unternehmen stehe und für die hebräischen Publikationen des Jüd. Verlages sowie für seine namens einer sogenannten hebräischen Verlagsgründung unternommenen finanziellen Aktionen keinerlei Mitverantwortung trage".

(JPZ) Der Stybel-Verlag hat mehrere Werke von Rabindranath Tagore in hebräischer Sprache herausgegeben, darunter das „Heim und die Welt" in Uebertragung von David Frischmann.

(JPZ) Der Pariser „Le Peuple Juif" hat seinen Namen auf „L'Echo Sioniste" geändert.

(JPZ) In Wladimir Wolynsk soll demnächst eine neue jüd. Zeitung zu erscheinen beginnen.

(JPZ) Die Czernowitzer Siguranta hat die Verbreitung der ausländischen, hebräischen und jiddischen Zeitungen in der Bukowina verboten.

(JPZ) Das 1. Heft des VI. Jahrganges des „Juden" ist erschienen und hat folgenden Inhalt: Martin Buber, Kongressnotizen zur zion. Politik; David Koigen, Im Wirbel der Geschichte; Julius Katzenstein, Probleme der jüd. Wanderung; Else Bodenheimer-Biram, Kunst-

erziehungsfragen; Martin Buber, Aus dem Leben des Rabbi Israel von Kosnitz. Umschau: Hans Kohn, Vom Kongress; Siegmund Kaznelson, Um das jüd. Volkstum, Zu Jakob Wassermanns Bekenntnisbuch. Bemerkungen: Elias Hurwicz, Völkerpsychologie; Gerhard Scholem, Lyrik der Kabbalah; Hugo Bergmann, Gnade und Freiheit. „Der Jude" erscheint im Jüdischen Verlag, Berlin N. W. 7, Dorotheenstr. 35.